# Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und leisten auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger · Schwerter Volkszeitung · Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung · Iserlohner Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde · Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. · Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 5 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Montag, den 7. Januar 1924 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 57. Jahrgang


## Zum Geleit.

Fürchtet nichts für uns! Auf eine harte Probe stellen mich meine Gegner, aber meine Kraft ist ihrem bösen Willen gewachsen.

Der alte Fritz an seine Schwester Amalie.

*

Wer immer nur auf den Ausgang einer Sache sieht, wird selten frohen Mut zum Anfang finden.

Lessing.

* * *

**Erinnerungen.**

785: Wittekind nimmt das Christentum an. — 1529: Der Erzgießer Peter Vischer gestorben. — 1890: Kaiserin Augusta gestorben.

## Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 7. Januar 1924.

### Das Stillsitzen der Kinder.

Viele Eltern sind der Ansicht, daß sie ihren Kindern das Stillsitzen in der Schule erleichtern, wenn sie die Kleinen schon vor Schulantritt an das Stillsitzen gewöhnen. Schularzt Dr. Samosch in Breslau hält dies für recht unzweckmäßig und warnt davor. Im Interesse der Gesundheit sollen sich die Kinder soviel wie möglich in frischer Luft tummeln. Sind sie ermüdet, dann sorge man dafür, daß sich die Kinder sitzend ausruhen. Uebrigens ist bei lebhaften Kindern, auch wenn sie sitzen, der Körper in steter Bewegung. Beim Schulantritt kommen die Kleinen noch früh genug zum wirklichen Stillsitzen.

* * *

—* **Auch der gestrige Sonntag,** der schön und trocken war, gab den vielen Wintersportlustigen wiederum Gelegenheit, sich im Eislauf- wie Rodelsport zu betätigen. So war denn auch das Grüntal das Ziel der Spaziergänger, die dem lustigen Treiben dort zusahen. Die Eisbahn war gut besucht und auch von der Rodelbahn wurde ausgiebig Gebrauch gemacht.

—* **Aktuelle Bilder** sind wieder eingetroffen und im Schaufenster unserer Geschäftsstelle, Gr. Marktstr. 3, zur Besichtigung ausgehängt.

—* **Von der Gasanstalt** wird uns mitgeteilt, daß es sich nicht um schlechteres Gas handelt, sondern daß aus dem jetzigen Kohlenbestand nicht genügend Gas gewonnen wird, als zur Versorgung unserer Stadt erforderlich ist. Es mußte daher zu einer Einschränkung im Gasverbrauch geschritten werden.

—* **Der Goldsteuerabzug.** Der Steuerabzug in Goldmark wird am 1. Januar mit wesentlichen Aenderungen eingeführt. Steuerfrei bleiben monatlich 50 M, wöchentlich 12 M, täglich 2 M, für je zwei Stunden 50 Pfg. Von dem Rest werden 10 Prozent, für die Frau, jedes Kind oder mittellosen Angehörigen 1 Prozent weniger abgezogen. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 9 Angehörigen ist demnach steuerfrei.

—* **Landkreis Hörde.** Das hiesige Kreiswohlfahrtsamt beabsichtigt, in allernächster Zeit Kinder zum Landaufenthalt zu entsenden, die bereits auf dem Lande gewesen sind, und die auf Grund von Einladungsschreiben ihrer früheren Pflegeeltern in ihre alte Pflegestellen wieder zurückkommen können. Es kommen mit Ausnahme von Herford und Stallupönen alle Aufnahmekreise in Frage. Anmeldungen sind unter gleichzeitiger Vorlage der schriftlichen Einladungen der Pflegeeltern bei den Amtsverwaltungen (Wohlfahrtsämtern) bezw. bei den Amtsfürsorgerinnen anzubringen, und zwar bis spätestens zum 5. n. Mts. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die Kinder auch nur dann entsandt werden können, wenn sie mit genügend Kleidung versehen sind.

—* **Die Friedenspreise.** Die Preise von 1913 hat das Reichswirtschaftsministerium für die Preisprüfungsstellen zusammengestellt. Es ergibt sich daraus, daß damals im Kleinhandel ein Pfd. Roggenbrot in Berlin 14, in Breslau 12½, in Köln 19 und in München 16¾ Pfg. kosteten, Weißbrot in den vier Städten 24, 20½, 34 und 35 Pfg., Kartoffeln 4, 4½, 4,5 und 4,5 Pfg., Zucker 22, 25, 26 und 25 Pfg., Reis 25, 30, 20,5 und 24,5, Erbsen 20, 21, 20,5, 26,5, Sauerkraut 7,5, 6,5, 11, 8 Pfg., Rindfleisch 87,5, 84,5, 86,5, 90, Schweinefleisch vom Bauch 77,5, 69, 82,5, 89, Butter 135, 83,5, 129, 140, Eier das Stück in Berlin und Breslau 9, in Köln und München 8 Pfg., Vollmilch das Liter 24, 19, 22 und 22 Pfg. Man sieht, Berlin war im allgemeinen am billigsten. Die Billigkeit für München bezog sich mehr auf die Gaststätten, nach denen der Fremde rechnet.

—* **Zeugen-Gebühren.** Zeugen wird die Zeitversäumnis vom Gericht mit 5 bis 75 Goldpfennig für jede angefangene Stunde entschädigt. Die Vergütung des Sachverständigen beträgt 1,50 M, bei besonders schwieriger Leistung 3 M für die angefangene Stunde, die Reiseentschädigung 5 Pfg. für das Kilometer.

—* **Fahrscheinhefte bis 300 Kilometer.** Die Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebüros müssen in einem Hefte eine Strecke von mindestens 600 Kilometer umfassen, wenn nicht unmittelbar anschließend Auslandfahrscheine einer Eisenbahnverwaltung oder Schiffsgesellschaft in das Heft einbezogen sind. Wenn für Rundreisen Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs nicht ausgegeben werden können, ist jetzt die Mindestentfernung auf 300 Kilometer ermäßigt worden. Im besetzten Rheinland und Ruhrgebiet können auch Fahrscheinhefte für kürzere Entfernungen und ohne einen anschließenden Auslandsfahrschein ausgegeben werden. Die Sitzkissen und Kopfschoner werden auch auf den Strecken von Berlin nach Hamburg, Hannover—Hamm und Königsberg, sowie von Hamburg nach Hamm verliehen. Neu besetzt mit dem Dienst werden Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Schlesischer und Lehrter Bahnhof, Hamm, Hannover und Königsberg.

— **20 600 Kilogramm Radium** soll nach den Untersuchungen und Berechnungen Prof. Englers das Granitgestein des Schwarzwaldes enthalten. Das Ausgangsprodukt für die Radiumgewinnung sind bekanntlich die Uranerze, die in bestimmten Mengen sich im Granit vorfinden. Kennt man also die Granitmenge eines Gebirges, so läßt sich dessen Radiumgehalt berechnen. Leider besteht wenig Hoffnung, den wertvollen Radiumschatz zu heben, weil er zum größten Teil in zu großer Tiefe liegt und also unzugänglich ist. Und wie gut könnten wir gerade jetzt den unendlich großen Reichtum gebrauchen.

—* **Chronische Gelenkaffektionen** bei Gicht erfordern außer Medikamenten besonders lokale Wärmeeinrichtungen, wie heiße Sandbäder, Einpackungen und dergleichen. Erkältungen muß hier besonders vorgebeugt werden. Sind Gelenksteifigkeiten vorhanden, so wird durch eine kunstgerecht ausgeführte Massage oft bedeutende Besserung erzielt; der Blut- und Säfteumlauf wird gefördert, dadurch werden die abgelagerten Salze und auch sonstige Ausschwitzungen weggeschafft, und die Gelenke wieder beweglicher.

## Aus den Provinzen.

**Recklinghausen,** 3. Januar. (Der wilde Stier.) In große Aufregung wurden dieser Tage die Passanten verschiedener Straßen durch einen wildgewordenen Stier versetzt. Dieser war einem Metzger auf dem Schlachthof entsprungen und raste nun über die Hernerstraße in die Hauptverkehrsstraße, die Breite Straße, wo er wütend auf einen Mann losrannte, der sich ihm entgegenstellte. Der Angegriffene wurde auf die Hörner genommen, er konnte sich nur durch eine große Geschicklichkeit der ihm drohenden Lebensgefahr entziehen. An dem Konfektionsgeschäft Hoffmann in der Breiten Straße rannte das Tier in eine große Schaufensterscheibe, die es mit den Hörnern vollständig zertrümmerte. Der Stier lief nun weiter durch verschiedene Straßen, bis er schließlich am Lohtor — Kriegerdenkmal — durch mehrere wohlgezielte Schüsse einiger alarmierten Polizeibeamten niedergestreckt wurde.

**M.-Gladbach,** 6. Jan. (Hühner im Bett der Wöchnerin.) Gelegentlich einer Nachforschung in einer Diebstahlssache nach gestohlenen Hühnern wurde die Polizei auf ihrer Verfolgung nach dem Täter auch in ein Haus an der Blumenbergstraße geführt, in dem eine Frau in den nächsten Tagen oder Stunden angeblich einem freudigen Familienereignis entgegen gehen sollte. Der Polizei war die Frau jedoch schon etwas näher bekannt; sie untersuchte den Fall genauer, und wer beschreibt ihr Erstaunen, als die gestohlenen Hühner im Bett der Frau wiedergefunden wurden.

**Duisburg,** 7. Jan. (Ein gewerbsmäßiger Falschspieler abgefaßt.) Ein gewerbsmäßiger Falschspieler konnte am Duisburger Bahnhof in dem Augenblick festgenommen werden, als er gerade von einer „Geschäftsreise" nach Düsseldorf zurückkam. Während der Bahnfahrt hatte er verschiedene Mitreisende zu einem Spielchen veranlaßt, wobei er ein ganz auffallendes Glück im Spiel hatte, so daß er den Mitspielern bald die letzte Banknote aus der Tasche geholt hatte. Die Untersuchung des von dem Falschspieler benutzten Kartenspiels ergab, daß die Karten auf fachmännische Art „gezinkt" waren, woraus sich zwanglos die Erklärung für das fabelhafte Glück ergab, das der Mann gehabt hatte. Die Untersuchung bewies, daß man es mit einem lange gesuchten Falschspieler, einem Ausländer aus dem Osten, zu tun hatte, der in Essen seinen augenblicklichen Wohnsitz hatte und von dort aus das Industriegebiet bereiste. An Lohn- und Abschlagtagen suchte der Mann mit Vorliebe Menagen- und Arbeiterwirtschaften auf, wo er die Arbeiter zum Spielen veranlaßte und sie mit Hilfe seiner gezeichneten Karten um ihren sauer verdienten Lohn zu bringen wußte.

**Brilon,** 3. Jan. (Im Alter von 99 Jahren) starb am ersten Weihnachtstage der älteste Bürger unserer Stadt, Johannes Rüther. Der Verstorbene war Veteran aus den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71. Er erfreute sich bis drei Tage vor seinem Tode einer seltenen Rüstigkeit.

## Turnen, Sport und Spiel.

**Deutsche Eishocken-Erfolge in der Schweiz.**

Die von vier Mannschaften beschickten internationalen Eishockeyspiele in Davos brachten der Mannschaft des Berliner Schlittschuh-Clubs im ersten Turnier des Davoser Eishockey-Clubs nicht die erwarteten Erfolge. Die Berliner wurden vom Wiener Eislauf-Verein, der vorher den Davosern E. H. C. mit 4 : 0 abgefertigt hatte, knapp mit 2 : 1 geschlagen und mußten sich dann auch vor der Mannschaft der Universität Oxford beugen mit 7 : 3. Die Spiele des ersten Turniers hatten unter den heftigen Schneefällen zu leiden. Am Neujahrstage begannen die Kämpfe um den Spengler-Pokal, in denen die Mannschaft des Berliner Schlittschuh-Clubs die Wiener und Davoser leicht aus dem Felde schlug. Die Berliner siegten gegen Davos mit 4 : 2 und gegen den Wiener Eislauf-Verein mit nicht weniger als 6 : 0. Auch gegen die Universitätsmannschaft von Oxford unterlagen die Wiener mit 0 : 3, siegten aber gegen den Davoser E. H. C. nach wechselvollem Verlauf mit 6 : 4. Den Entscheidungskampf um den Pokal bestreiten Berlin und Oxford.

*

**Der Wintersport am Neujahrstage**

hielt sich in Anbetracht der Silvesterfeiern in bescheidenen Grenzen. In Winterberg im Sauerland wurde das erste Zweierbobrennen des Jahres gefahren, das von sieben Schlitten bestritten wurde, und mit dem Siege von „Gib ihm Saures" (Führer Bremme-Barmen, Bremser Nesow-Barmen) endete. — In Oberhof kam der Berliner Schlittschuh-Club mit seinem Bob „Indianer" zu Siegesehren. Mit H. Müller als Lenker und R. Müller an der Bremse erreichte das Fahrzeug mit 1 : 37,6 die beste Durchschnittsleistung.

*

**Leichtathletik.**

**Die Vereinigung deutscher Geher,**

die ihren Sitz in Düsseldorf hat, gibt durch Rundschreiben ihr Sportprogramm 1924 bekannt. Danach sollen am 21. September die Bahnmeisterschaften über 1 und 5 Kilometer in Düsseldorf und die Deutsche 50-Kilometer-Straßen-Meisterschaft in Verbindung mit der Deutschen Distanz-Meisterschaft über 100 Kilometer am 5. Oktober zum Austrag gelangen. Zum Schluß heißt es: Die Ortsgruppe München teilt mit, daß der Geher Adolf Ertl vom S. C. Armin lt. Versammlungsbeschluß vom 15. Dezember wegen Verrat an unserem Sport für Lebensdauer ausgestoßen worden ist.

*

**Boxen.**

**Steenhorst und Fred Toovee-England in Berlin.**

Die beiden von der Direktion des Berliner Sportpalastes verpflichteten Ausländer Steenhorst (Holland) und Fred Toovee (England) befinden sich bereits in Berlin und haben am Freitag in bester Verfassung den Ring betreten. Fred Toovee erhält in Ernst Röhemann-Hannover einen Gegner, der seine große Schlagfertigkeit mehrmals deutlich unter Beweis gestellt hat. Einen sportlichen Genuß versprechen die Kämpfe Steenhorst-Milenz und Grimm-Funke, die zur Popularität des Boxsports sicher viel beitragen werden. Auch in dem Treffen Ensel-Köln gegen Meister Naujocks dürften die Freunde des Boxsports auf ihre Kosten kommen.

* * *

## Vermischtes.

— **Uralte Gesetze,** die noch heute Geltung besitzen, gibt es auch in Frankreich. Vor einigen Jahren wurde in Paris ein Baumeister verklagt auf Grund eines Gesetzes, das schon über 300 Jahre alt ist. Im Jahre 1606 wurde in Paris durch Heinrich IV. ein Platz, der heutige Place des Vosges, angelegt, wobei der König bestimmte, daß alle Häuser an diesem Platze für alle Zeiten einen einheitlichen Stil aufweisen sollten. Des Königs Wille erlangte alsbald Gesetzeskraft. Die Häuser an diesem Platze sind sämtlich schon sehr alt und bieten mit ihren altertümlichen Fronten ein ganz herrliches architektonisches Bild. Besagter Baumeister hatte nun so ein altes Haus niedergerissen und ein Gebäude im modernen Stil errichtet. Die städtische Baubehörde legte Verwahrung ein, klagte und erzielte auch eine Verurteilung des Baumeisters, dahingehend, dem uralten, aber doch noch durchaus geltenden Gesetze entsprechend die Fassade umzuändern.

— **Die Heiratsaussichten arbeitender Mädchen** sind nach einer noch vor dem Kriege vorgenommenen Statistik sehr viel günstiger, als man gewöhnlich anzunehmen geneigt ist, und es bestätigt sich, daß die Mädchen jegliche Berufsarbeit nur als Durchgangsposten zur Ehe zu betrachten brauchen. Den Vogel schießen die Hausbeamtinnen ab, zu welchen Stützen, Wirtschafterinnen, Köchinnen, Dienstmädchen usw. gehören. Von je 1000 derselben haben sich 817 vor Vollendung des 30. Lebensjahres verheiratet! Die nächsten sind die Gehilfinnen in Handels- und Kontorbetrieben. Von je 1000 derselben habei sich bis zu ihrem 24. Lebensjahre 612 verheiratet, bis zu ihrem 30. Lebensjahre fast 800! Die größte Mehrzahl kam also schon sehr früh unter die Haube. Etliche 150 heirateten erst nach 30 Jahren, und nur ein sehr kleiner Teil mußte auf die Ehe verzichten oder tat es absichtlich. Am schlimmsten sind die Haustöchter daran. Von ihnen heirateten auf je 1000 bis zum 30. Lebensjahre nur wenig über 500!! Also — —

— **Eierlegen um die Wette.** Englische Geflügelzüchter haben soeben einen Wettbewerb begonnen, an dem über 2000 Hühner teilnehmen sollen. Die berühmtesten Eierleger der verschiedenen Farmen werden um den Preis kämpfen, wer im Laufe von 12 Minuten die meisten Eier legt. Der Wettbewerb sieht wertvolle Preise vor, sowohl für die Züchter, wie für die Hühner. Das siegreiche Huhn darf sein letztes Ei höchstselbst ausbrüten. Da lachen die anderen Hühner!

(—) **Merkwürdige Bäume.** Einen Baum, von dem es fortwährend herabregnet, gibt es in den trockenen Gebieten von Südamerika. Dieser, seiner merkwürdigen Eigenschaft wegen auch tatsächlich „Regenbaum" genannte Baum, der eine Höhe von 18 Metern erreicht, kondensiert in überaus starker Weise die Luftfeuchtigkeit auf seinen Blättern, so daß ununterbrochen von dort Tropfen herabfallen. Der Boden, sonst öde und dürr, bringt deshalb überall dort, wo solche Regenbäume wachsen, einen üppigen Graswuchs hervor. In Florida gibt es einen „Seifenbaum", der jetzt mehr und mehr wirtschaftlich ausgenutzt wird. Der Baum trägt Beeren, und das Fleisch dieser Beeren schäumt und reinigt genau so schön, wie fabrizierte Seife. In China sind diese Seifenbeeren schon ganz allgemein im Handel.

# Neues in Kürze.

**Beamtenabbau und Rheinlandskommission.**

wtb Paris, 6. Jan. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission sich mit der Verordnung der Reichsregierung vom 27. Oktober 1923 über die Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl befaßt und beschlossen, die Durchführung der Verordnung im Sparsamkeitsinteresse zuzulassen, sie jedoch zu kontrollieren.

**Schwere Ausschreitungen Erwerbsloser.**

* Köln, 5. Jan. Nach einer Meldung der Kölnischen Volkszeitung aus Bonn drangen gestern abend Erwerbslose in Wesseling gewaltsam in das Rathaus und in das Amtszimmer des Bürgermeisters ein, mißhandelten den Bürgermeister, als dieser es ablehnte, höhere Unterstützungssätze zu bewilligen, und zwangen ihn, ohne Hut und ohne Mantel an einem Umzuge durch den Ort teilzunehmen. 30 Polizeibeamte stellten die Ordnung wieder her und verhafteten 6 Mann. Die Hauptschuldigen sind jedoch geflüchtet.

**Zeitungsverbote.**

wtb Berlin, 6. Jan. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General der Infanterie von Seeckt, hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 11. 1923 den Vertrieb der „Roten Fahne", Wien, des „Baseler Vorwärts" und der „Internationalen Pressekorrespondenz" (Inprekorr.) für das Reichsgebiet verboten.

**Deutsch-türkischer Freundschaftsvertrag.**

wtb Berlin, 6. Jan. Wie die Zeitungen von zuständiger Stelle erfahren, hat eine Fühlungnahme zwischen der deutschen und der türkischen Regierung in der Absicht der Aufnahme von Verhandlungen wegen eines künftigen Freundschaftsvertrages stattgefunden.

**Die Neuwahlen.**

bb Berlin, 5. Jan. Nach einer Meldung des demokratischen Zeitungsdienstes werden die Reichstagswahlen voraussichtlich im Mai stattfinden. Doch sei es auch möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolgt, und daß die Neuwahlen dann sehr rasch anberaumt werden, da durch die Wahlgesetznovelle die Fristen wesentlich verkürzt sind.

**Wechselsteuer auf Gold.**

wtb. Berlin, 6. Jan. (Tel.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Umstellung der Wechselsteuer auf Gold und eine Bekanntmachung betreffend die Brennstoffverkaufspreise.

bb Berlin, 6. Jan. Den Mittagsblättern zufolge hat die Staatsanwaltschaft gegen eine Reihe Berliner Banken und Bankiers ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie durch zu hohe Zinsberechnung und Belastung mit unverhältnismäßigen Bankspesen zu Zahlungsmittelschwierigkeiten im Lebensmittelhandel beigetragen haben sollen. — Der B. Z. zufolge sollen gegen etwa 60 Firmen des Bankfaches Strafverfahren eingeleitet worden sein.

**Amerikas Waffenverkäufe an Mexiko.**

wtb Washington, 5. Jan. Die Vereinigten Staaten verkauften der Regierung Obregon in Mexiko 5000 Gewehre, 3 000 000 Patronen und 8 Flugzeuge.

**Preisausschreiben für den Weltfrieden.**

wtb Paris, 5. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Newyork hat ein Kaufmann in Boston 50 000 Dollar für einen Preis gestiftet, der in Europa ausgeschrieben, demjenigen gewährt werden soll, der die besten Möglichkeiten ausfindig macht, den Weltfrieden wiederherzustellen. An dem Wettbewerb dürfen teilnehmen Franzosen, Italiener und Engländer. Der Stifter werde auch die Teilnahme von Deutschen zulassen, unter der Bedingung, daß sich qualifizierte Preisrichter fänden.

**Banken und Nahrungsmittelhandel.**

wtb Berlin, 6. Jan. Wie wir erfahren, ist die Bildung einer Kommission in die Wege geleitet, die sich mit den Beziehungen zwischen den Berliner Banken und dem Nahrungsmittelhandel befassen soll. Der Kommission sollen neben Vertretern der Wucherpolizei, des Handels, der Industrie und der Banken voraussichtlich auch Vertreter der Reichsbank angehören.

**Parlamentarier als Zechpreller.**

wtb Berlin, 6. Jan. (Tel.) Heute nacht wurden zwei Personen, die in einer Konditorei die Bezahlung der Zeche verweigerten, zur Polizeiwache abgeführt. Sie leisteten heftigen Widerstand und beschimpften die Polizeibeamten. Sie wurden festgestellt als kommunistische Landtagsabgeordneter Paul Neumann und kommunistischer Reichstagsabgeordneter H. Malzahn.

**Volksentscheid in Lübeck.**

wtb Lübeck, 6. Jan. (Tel.) Bei dem heutigen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden von 84 462 Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Nein (für das Verbleiben des Senats) 44 151, auf Ja (für den Rücktritt des Senats) 29 596 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerschaft auflösen und Neuwahlen ausschreiben, die innerhalb 45 Tagen stattfinden müssen.

**Verhaftung kommunistischer Abgeordneter.**

* Stuttgart, 5. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Führende Persönlichkeiten der aufgelösten KPD. hatten sich am 28. Dezember abends in einer Stuttgarter Wirtschaft zu einer verbotenen Versammlung zusammengefunden. Die an der Zusammenkunft beteiligten 12 Personen wurden verhaftet, darunter die Landtagsabgeordneten Schneck und Stetter. Gegen die beiden Letztgenannten wurde vom Amtsgericht Stuttgart-Stadt alsbald ein richterlicher Haftbefehl erlassen. Bei dem Abgeordneten Schneck wurde für die illegale Betätigung der KPD. wichtiges Belastungsmaterial gefunden.

**Venizelos heimliche Landung in Griechenland.**

* London, 5. Jan. Der Morning Post wird aus Athen gemeldet, daß die „Amoros", an deren Bord sich Venizelos befand, um jede Kundgebung zu vermeiden, während der Nacht an einer entlegenen Stelle der griechischen Küste gelandet ist.

**Vor einem französisch-jugoslawischen Bündnis.**

* Paris, 5. Jan. Aus Belgrad wird berichtet: In offiziellen Kreisen verlautet, daß ein franko-jugoslawischer Vertrag, der nach denselben Gesichtspunkten ausgearbeitet ist wie der franko-tschechische, unmittelbar vor der Unterzeichnung stehe.

**Bombenwurf in Tokio.**

wtb. London, 6. Jan. (Tel.) Reuter berichtet aus Tokio: Vor dem kaiserlichen Palast fand in Abwesenheit der kaiserlichen Familie eine Kundgebung statt, in deren Verlauf ein Koreaner eine Bombe schleuderte, die jedoch nicht explodierte. In seinem Besitz sollen drei weitere Bomben gefunden worden sein.

# Die Finanzlage des Reiches.

wtb. Berlin, 6. Jan. (Tel.) Die Blätter erfahren von zuständiger Stelle, daß eine Inflation nicht zu befürchten ist. Zurzeit sind die Verhältnisse unseres Finanzwesens nicht ungünstig, da die Reichseinnahmen in befriedigender Weise fließen. Die Ausgaben des Reichs in der letzten Dezemberdekade konnten durch die Steuereinnahmen gedeckt werden. Die Anleihen der einzelnen Länder brauchen keine Beunruhigung hervorzurufen; sie bewegen sich auf legalem Wege, ihre Beträge fallen auch nicht ins Gewicht. Dem Fehlen eines deutschen Betriebsfonds sollen die Schatzwechsel abhelfen, die eigentlich eine Deflation bedeuten. Ihre Lombardierung geschieht in der allervorsichtigsten Form. Eine sorgfältige Schätzung der laufenden Zahlungsmittel ergibt zusammen 2,4 Milliarden, und zwar: Rentenbankscheine 1,2 Milliarden, Reichsbanknoten 400 Millionen, Kleinere Goldanleihestücke 380 Millionen und Notgeld 580 Millionen

# Der fallende französische Franken.

* Paris, 5. Jan. Der Berliner Vertreter des Petit Parisien legt in einer längeren Meldung dar, daß man in Deutschland mit einer weiteren Baisse des französischen Franken und mit ihm auf eine Art Druckmittel im weiteren Verlauf der politischen Entwicklung rechne. Die augenblickliche Baisse sei am 6. November auf einem Kongreß deutscher Bankiers in Frankfurt beschlossen worden. Am 13. habe dann die Offensive an der Amsterdamer Börse begonnen. Die deutsche Finanz, die „dieses Manöver in der diplomatischen Einschüchterung" unternehme, sei von ausländischen Finanzgruppen unterstützt. Der Berichterstatter glaubt sogar zu wissen, daß die französische Regierung hierüber untrügliche Beweise besitze. Auf politischem Gebiet gehe die deutsche Regierung darauf aus, die Dinge zu verschleppen. Die deutschen Finanzkreise erwarten die Entwicklung der Dinge in England und daran anschließend die englisch-französischen Beziehungen. Außerdem erwarte sie die Wirkung der Frankenbaisse, die man als Faktor an der Spitze der internationalen diplomatischen Angelegenheiten einstelle. Mit Ausnahme des passiven Widerstandes, so faßt der Berliner Vertreter seine Eindrücke zusammen, hat Deutschland den Kampf nicht aufgegeben. Der Kampf wird augenblicklich ebenso erbittert auf dem Gebiet der Wechselkurse fortgesetzt. Dieselben Finanzkreise, die die Mark vernichtet haben, um die Politik der deutschen Truste zu unterstützen, stützen heute die Rentenmark auf den auswärtigen Börsen, wobei sie gleichzeitig mit dem Ziel einer deutschfreundlichen Politik den Franken aufs heftigste angriffen.

Die Köln. Ztg. meldet dazu aus Frankfurt, daß die Meldung des Petit Parisien, eine am 6. Nov. in Frankfurt stattgefundene Konferenz deutscher Bankiers habe die Generaloffensive gegen die französische Währung beschlossen und vorbereitet, in das Reich der Fabel zu verweisen sei; in Frankfurt habe keine derartige Konferenz stattgefunden.

wtb Paris, 5. Jan. Amtlich verlautet, daß Finanzminister de Lasteyrie mit einer Anzahl von Finanzleuten heute eine Besprechung haben wird, in der die Lage auf dem Wechselmarkt und die zur Unterdrückung der Baissespekulation mit dem französischen Franken etwa nötigen Maßnahmen beschlossen werden sollen. Die Ere Nouvelle bemerkt dazu, daß mißbräuchliche Spekulation vorliege, stehe fest. Die Ursachen lägen aber tiefer und die Spekulation heute diese Ursachen nur aus. Sie lägen in der Finanzpolitik, die von der Hand in den Mund lebe, die auf dem Papier einen Haushalt im Gleichgewicht halte, dessen Gleichgewicht in Wirklichkeit völlig gestört sei. Die Ursachen lägen vor allem auch in der Lüge des Haushalts der von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben und der Politik ununterbrochener Anleihen.

wtb. Paris, 5. Jan. Die Rheinlandkommission hat eine Verordnung erlassen, um den französischen Franken zu schützen. Nur die Banken und Wechselbüros sind berechtigt, im besetzten Gebiet Handel mit Devisen zu treiben. Sie müssen innerhalb und außerhalb ihres Geschäftsraums den Kurs anschlagen, zu dem sie Devisen kaufen und verkaufen. Die Verordnung erstreckt sich auch auf den Brückenkopf Kehl.

# Werden die Engländer Köln räumen?

KZ. Paris, 6. Jan. Aus dem Leitaufsatz des Temps, der sich mit der Möglichkeit der Bildung eines Kabinetts Ramsay Macdonald beschäftigt, muß man folgende Stelle hervorheben:

„Im Auswärtigen Amt in London erklärt man den ausländischen Diplomaten, daß das Arbeiterkabinett nichts Außerordentliches unternehmen werde, und daß es so zu handeln gedenke, wie das Kabinett Baldwin gehandelt haben würde. Baldwin und Lord Curzon seien entschlossen gewesen, die britischen Truppen aus Köln zurückzuziehen, sich nicht mehr im Wiederherstellungsausschuß und nicht mehr im Botschafterrat vertreten zu lassen. Ramsay Macdonald würde damit beginnen, dieses Programm zur Ausführung zu bringen, nicht mehr und nicht weniger."

Der Temps fügt dem hinzu: Ob diese Erklärungen der Wahrheit entsprechen, wissen wir nicht, aber wir wissen, daß sie authentisch sind.

# Deutsche in franz. Gefangenschaft.

wtb. Berlin, 6. Jan. (Tel.) Wie den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt wird, befinden sich noch etwa 2000 Deutsche in französischer Gefangenschaft. 393 sollen amnestiert worden sein. Die Franzosen geben eine beträchtlich geringere Zahl an, indem sie nur die in ihrem Sinne politischen Gefangenen rechnen. Doch befinden sich unter den von den Franzosen als kriminelle Gefangene bezeichneten eine größere Zahl von nach deutscher Auffassung politischen Gefangenen.

# Einschränkung des Tanzens.

wtb. Berlin, 6. Jan. (Tel.) Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, soll in Berlin in Zukunft das Tanzen in Hotels einmal wöchentlich und in den Tanzstätten an einem vierten Tanztage gestattet werden unter der Voraussetzung, daß die Besucher dieser Lokale sich durch soziale Leistung an der Volksspeisung beteiligen. Diese wird in Anlehnung an die Lustbarkeitssteuer unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhoben, und zwar werden die Beträge an die Volksspeisung des Berliner Magistrats abgeführt werden. Weiter sollen nach Möglichkeit die Räumlichkeiten für die Volksspeisung in den einzelnen Bezirken von den beteiligten Wirten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß außer wie in Berlin auch in anderen Großstädten Preußens gleiche Einrichtungen getroffen werden, falls das Ergebnis in Berlin sich so gestaltet, wie es erhofft werden kann.

# Kohlensyndikat und Kohlenpreise.

bb Berlin, 6. Jan. (Privattel.) Nach der Deutschen Allg. Ztg. beschloß gestern nachmittag eine nach Essen einberufene Zechenbesitzerversammlung einstimmig die Gründung der Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle A.-G., Nachfolgerin des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, die vom 16. Januar bis 31. Dezember 1924 Geltung haben soll. Unter ganz besonderen Umständen ist auch die Kündigung mit besonderen Kartellen vom 1. Mai bis 1. Juli möglich. Eine weitere Herabsetzung der Kohlenpreise ist im allgemeinen nicht beabsichtigt, nur die Brikettpreise sollen um etwa 3 Mark heruntergesetzt werden.

# Die Senatswahlen in Frankreich.

wtb. Paris, 6. Jan. (Tel.) Bei den heute stattgehabten Senatswahlen waren 116 Sitze zu vergeben. Die zur Wiederwahl stehenden Senatoren verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Konservative und Liberale 19, Republikaner 15, Linksrepublikaner 24, Unabhängige Radikale 8, Radikale und Radikalsozialisten 47, Sozialistische Republikaner 3. Im ersten Wahlgang wurden 82 Senatoren gewählt: ein Wahlergebnis steht noch aus. Für 33 Sitze hat ein zweiter Wahlgang stattgefunden. Die gewählten Senatoren verteilen sich auf die Parteien wie folgt: Konservative und Liberale 17, Republikaner 12, Linksrepublikaner 15, Unabhängige Republikaner 3, Radikale und Radikalsozialisten 31, Sozialistische Republikaner 4, Sozialisten 1. Die sozialistische Fraktion, die nur zwei Senatoren umfaßte, die nicht zur Wiederwahl stehen, verzeichnet den Gewinn eines Sitzes. In der Stichwahl stehen 5 Sozialisten sowie der kommunistische Abgeordnete Cachin.

# Die Ernährungslage Deutschlands.

bb Berlin, 5 Jan. Die wachsende Not in Deutsland, die in dem hinter uns liegenden Jahr des Ruhrkampfes eine Verschärfung erfahren hat, die nun die breitesten Schichten der Bevölkerung in zum Teil erschreckender Weise darben läßt, hat mehr und mehr draußen in der Welt die Erkenntnis geweckt, daß Deutschland fremder Hilfe bedarf, wenn seine Not gemindert werden soll. Daß mit der Häufung des Elends auch die Kräfte sich mehren, die unsere Selbsthilfe so wirksam wie nur irgendwie möglich zu gestalten suchen, findet, wenn auch noch langsam, die Anerkennung unserer ausländischen Freunde. Es gilt auch diejenigen, die noch kritisch abseits stehen, von der wahren Lage in Deutschland zu überzeugen, nicht zuletzt deshalb, damit die Notwendigkeit ausländischer Lebensmittelkredite für Deutschland in den Völkern der Nationen jene Unterstützung findet, der sich auch ihre Staatsmänner nicht mehr länger verschließen können. Die Reparationskommission hat den deutschen Antrag auf Gewährung einer Priorität für eine etwaige auswärtige Lebensmittelanleihe vorerst an die in der Kommission vertretenen Regierungen zur Stellungnahme weitergeleitet, gleichzeitig aber das Garantiekomitee beauftragt, der Reparationskommission einen Bericht über die Ernährungslage in Deutschland zu erstatten. Es ist also gegenwärtig die besondere Aufgabe des Garantiekomitees, zu untersuchen, welcher Einfuhr an Lebensmitteln, gemessen an unserer tatsächlichen Notlage, wir unbedingt bedürfen. Es wird sich nun darum handeln, einen Ueberblick über die Ernährungslage Deutschlands in der Zeit vor dem Kriege verglichen mit der gegenwärtigen zu gewinnen, um einen Maßstab für die erforderlichen Nahrungsmitteleinfuhren zu erhalten.

Die verantwortlichen Stellen innerhalb der Reichsregierung haben es nicht unterlassen, zahlenmäßige Unterlagen für diese Untersuchungen zu beschaffen, die durch ihre wiederholten und eingehenden Prüfungen jeden Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben können. Danach stellt sich lt. Frkf. Ztg. das Gesamtbild der Ernährungslage Deutschlands etwa folgendermaßen dar:

**Die Ernte an Brotgetreide**

betrug im Jahre 1913 und zwar im jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches 14 Millionen Tonnen; dazu wurden noch eingeführt 2 Millionen Tonnen Weizen; 0.6 Millionen Tonnen Roggen wurden aber ausgeführt, so daß an Brotgetreide insgesamt 15,4 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Demgegenüber beträgt für 1923 die Schätzung der Ernte an Brotgetreide rund 10 Millionen Tonnen. Mit einer Einfuhr während der ersten 6 Monate von rund 1 Million Tonnen stehen also für 1923 rund 11 Millionen Tonnen zur Verfügung. Um die gesamten zum Verbrauch verfügbaren Brotgetreidemengen auf die Höhe von 1913 zu bringen, müßten also auch für 1923 trotz der günstigeren Ernte immer noch 4.4 Millionen Brotgetreide eingeführt werden.

**Der Viehbestand.**

* Nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 waren im jetzigen Gebietsumfang des Deutschen Reiches vorhanden: 16.9 Millionen Stück Rinder, 1.5 Millionen Stück Kälber, 4.9 Millionen Stück Schafe, 25 Millionen Stück Schweine. Dazu kam 1913 noch eine Einfuhr von 260 752 Stück Rindern, 23 465 000 Stück Schafe, 148 422 Stück Schweine, während gleichzeitig noch eingeführt wurden 32 300 Tonnen Rindfleisch, 900 Tonnen Schaffleisch, 21 700 Tonnen Schweinefleisch, 1600 Tonnen Schweinespeck. Im Jahre 1913 betrug der durchschnittlich Fleischverbrauch pro Kopf 52 Kg., im Jahre 1923 ist er auf 26 Kg. pro Kopf zurückgegangen. Um ihn wieder auf die Vorkriegshöhe zu bringen, wäre eine Einfuhr von etwa anderthalb Millionen Tonnen Fleisch nötig. Die Viehzählung vom 1. Dezember 1922 ermittelte folgenden Viehbestand: 15.1 Millionen Stück Rinder, 1.2 Millionen Stück Kälber, 5.5 Millionen Stück Schafe, 14.6 Millionen Stück Schweine. Die Vermehrung des Schafbestandes kann den empfindlichen Rückgang des Schweinebestandes nicht wettmachen. Die Folge des Rückganges des Viehstapels und des durchschnittlichen Schlachtgewichts kommen auch bei den beschaupflichtigen Schlachtungen besonders zum Ausdruck. Sie betrugen im Jahre 1913 2 550 000 Kg., 1922 aber 1 040 000 Millionen Kg., so daß also die Differenz über 1 Milliarde Kilogramm beträgt. Ein Ausgleich des Ausfalls durch Einfuhr hat nicht stattgefunden. Die Einfuhr an lebendem Vieh im Jahre 1922 ist erheblich geringer als 1913, die Einfuhr an Fleisch aber nur wenig gestiegen. Es wurden im Jahre 1922 eingeführt:

Rinder 61 802 Stück (gegen 260 752 i. J. 1913),
Schafe 1 328 000 Stück (gegen 23 465 im . 1912),
Schweine 101 261 Stück (gegen 148 422 i. J. 1913),
Rindfleisch 29 600 Tonnen gegen 32 300 Tonnen,
Schaffleisch 1326 Tonnen gegen 900 Tonnen,
Schweinefleisch und Schweinespeck 26 000 Tonnen gegen 23 300 Tonnen.

An tierischen Fetten wurden im Jahre 1912/13 im Inland 613 000 Tonnen gewonnen. Dazu tritt ein Einfuhrüberschuß von 249 000 Tonnen, so daß insgesamt 862 000 Tonnen zur Verfügung standen. Im Jahre 1922 dagegen betrug im Inland der Ausfall an tierischen Fetten infolge des Rückganges des Schweinebestandes und der Milcherzeugung nur noch 366 000 Tonnen und die Einfuhr ging auf 146 070 Tonnen zurück. Der bisherige Ausfall von Erzeugung und Einfuhr an tierischen Fetten könnte also nur durch eine weitere Einfuhr von fast 350 000 Tonnen gedeckt werden. Ein gewisser Ausgleich ist hier geschaffen durch die Erhöhung der Einfuhr von pflanzlichen Oelen und Fetten zur Margarineherstellung von 200 000 Tonnen im Jahre 1912/13 auf 400 000 Tonnen im Jahre 1922.

**Die Milchversorgungslage**

der deutschen Großstädte ist bekannt. Im Jahre 1913 betrug die inländische Milchproduktion 18 Milliarden Liter; dazu trat ein Einfuhrüberschuß von 20 000 Tonnen. Der Bestand an Milchkühen betrug 9,9 Millionen Stück. 1922 standen für die menschliche Ernährung nur noch 12 Milliarden Liter Milch zur Verfügung. Gleichzeitig ging der Einfuhrüberschuß von 20 000 Tonnen auf 4000 Tonnen zurück. Gegenüber 1913 besteht also ein Fehlbetrag von ungefähr 6 Millionen Tonnen Frischmilch.

Eine besondere Rolle spielt in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern

**das Ergebnis der Kartoffelernte.**

Im Jahre 1913 wurden im jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches 44 Millionen Tonnen geerntet. Für das Jahr 1923 ergibt die vorläufige Ernteschätzung des Statistischen Reichsamtes nur 34 Millionen To. gegenüber 1913 also einen Ausfall von 12,6 Millionen Tonnen.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen Ernährungslage Deutschlands und zur Untersuchung der maßes der dringendsten Lebensmitteleinfuhren ergibt sich das folgende Gesamtbild:

Um den Ernährungsstand von 1913 annähernd ohne Berücksichtigung der durch die Gebietsverluste entstandenen Ausfälle zu erreichen, wären für 1923 folgende Fehlbeträge zu decken:

4.4 Millionen Tonnen Brotgetreide gleich 28 Prozent, 15 Millionen Tonnen Fleisch gleich 48 Prozent, 0349 Millionen Tonnen tierische Fette gleich 40 Prozent, 6 Millionen Tonnen Milch gleich 33 Prozent, 7.3 Millionen Tonnen Futtergetreide gleich 47 Prozent, 3.5 Millionen Tonnen andere Futtermittel gleich 87 Prozent, rund 12.5 Millionen Tonnen Kartoffel gleich 28 Proz.

Dieses Zahlenmaterial wird die Grundlage bilden müssen für die Beurteilung der Frage, in welchem Umfange Deutschland ausländischer Lebensmittelanleihen bedarf. Für die Untersuchung der Notwendigkeit einer zu gewährenden Priorität für solche Anleihen hat es nicht geringere Bedeutung. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland nicht imstande ist, aus eigener Kraft eine Einfuhr in diesem gewaltigen Umfange zu finanzieren. Im ersten Halbjahr 1923 betrug die durchschnittliche monatliche Ausfuhrmenge 1 207 500 Tonnen gegenüber 2 785 800 Tonnen im ersten Halbjahr 1922. Woher soll Deutschland, in dem zurzeit eine Arbeitslosigkeit herrscht, die ein Viertel seiner erwerbstätigen Arbeitnehmer betroffen hat, die Kraft nehmen, um seine Ausfuhr so zu steigern, daß die Einfuhr der erforderlichen Lebensmittelmengen bezahlt werden könnte? Dazu ist es nicht imstande. Gleichzeitig aber hat sich das deutsche Volk in den Jahren des Leidens seit Kriegsbeginn und noch mehr seit Kriegsende an das Entbehren gewöhnt. Wenn es jetzt die Notwendigkeit ausländischer Lebensmittelanleihen mit dem Hinweis auf die Vorkriegsverhältnisse begründet, so tut es das nicht, damit es ihm nach einem verlorenen Kriege wieder so gehen soll wie in Friedenszeiten, dann legt es vielmehr Wert auf die Feststellung, daß die Jahre des Krieges, in denen es durch die Blockade zum Hunger verurteilt war, seinen Körper so schwer geschwächt hat, daß es jetzt als Rekonvaleszent einer besonders guten Ernährung bedarf, wenn sich nicht die Folgen der Unterernährung in schlimmerer Weise bemerkbar machen sollen wie in den Jahren 1916/18.

# Politische Umschau

**Die Provinzialobligationen.**

Wie der Amtliche preußische Pressedienst zu der Nachricht, daß den Provinzen die Erlaubnis zur Ausgabe neuer Provinzialobligationen erteilt worden ist, noch ergänzend meldet, ist die Ausgabe der Goldobligationen durch den wenige Tage vor Weihnachten bekanntgegebenen Entschluß der Reichsfinanzverwaltung, die Reichszuschüsse zu den Beamtenbesoldungen der Länder und Gemeinden zum 1. Januar 1924 zwar noch in Höhe von 75 v. H. zu zahlen, sie aber durch eine neue Art ihrer Berechnung tatsächlich auf etwa 35 v. H. herabzusetzen, veranlaßt worden. Zur Vermeidung der Gefahr, daß zahlreiche Gemeinden und Gemeindevorstände neues, im wesentlichen unge-

decktes Notgeld herausgeben oder bereits aufgerufenes Notgeld in der einen oder anderen Form wieder in den Verkehr belassen würden, habe man den Weg der Aufnahme provinzieller Anleihen auf wertbeständiger Grundlage gewählt. Das Recht zur Aufnahme derartiger Anleihen hätten Gemeinden und Gemeindeverbände bereits von jeher. Um jeden Mißbrauch zu vermeiden, sollen nur die Provinzialverbände des unbesetzten Gebiets und die Stadt Berlin zur Ausgabe berechtigt sein. Der Höchstbetrag sei auf eine Mark je Kopf der Bevölkerung begrenzt worden. Vor Aufnahme eines Darlehns müsse sich die Gemeinde mit dem Provinzialverband in Verbindung setzen. Die Auszahlung der Anleihen erfolgt in Zwischenscheinen, die das Recht auf Erhalt von Stücken der künftigen Provinzialanleihen gäben und somit als Uebergang zur festen Kapitalanleihe dienten. Auch in allen andern Einzelheiten unterscheiden sich die Zwischenscheine der neuen provinziellen Goldanleihe wesentlich von reinem Notgeld. Mithin seien alle Vorkehrungen getroffen, um einer Inflation vorzubeugen. Im übrigen werde die Summe der umlaufenden Zwischenscheine nicht allzu groß sein, da nur ein Teil der Gemeinden und Kreise von dieser Kreditmöglichkeit Gebrauch machen werde. Die Reichs- und preußischen Kassen seien nur bis zum 31. Januar 1924 zur Annahme dieser Zwischenscheine ermächtigt, so daß auch hierin ein wesentlicher Anreiz liege, sie möglichst bald wieder aus dem Zahlungsverkehr zu entfernen.

**Versammlungsverbote und Militärbehörde.**

wtb **Köln**, 5. Jan. In jüngster Zeit waren mehrere öffentliche und geschlossene sozialdemokratische Versammlungen in unbesetzten Orten des Rheinlands, wo der Reichstagsabgeordnete Sollmann sprechen sollte, durch das Wehrkreiskommando in Münster verboten worden. Reichswehrminister Geßler hat sich nun in einem Briefe an Sollmann gegen diese Versammlungsverbote erklärt. Er habe den Wehrkreisbefehlshaber darauf aufmerksam gemacht, daß ihm das Verbot von politischen Versammlungen unglücklich erscheine. Auch hat der Minister sofort eine Anweisung formuliert, die eine liberalere Handhabung des Versammlungswesens regelt. Die Anregung zu den Verboten sei aber nicht von ihm, sondern von den Zivilbehörden ausgegangen, die bei der gereizten Stimmung der Bevölkerung offenbar jetzt politischen Versammlungen abhold seien. Selbstverständlich bleibe aber die Verantwortung für das Verbot bei der Militärstelle.

**Frontsoldaten und Beamtenabbau.**

wtb **Magdeburg**, 5. Jan. Von der Bundesleitung des Bundes „Stahlhelm" wird uns mitgeteilt: Auf die Forderung der Organisation „Stahlhelm", daß beim Beamtenabbau die ehemaligen Frontsoldaten zuletzt entlassen werden sollen, hat der Chef der Heeresleitung der Bundesleitung des „Stahlhelm" folgende Antwort erteilt: „Ich habe mich bereits nachdrücklich für diese vollberechtigte Forderung eingesetzt und von der Reichsregierung die Zusicherung erhalten, daß Versorgungsanwärter von den Behörden zuletzt entlassen werden sollen, soweit nicht zwingende dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Sollte hiergegen verstoßen werden, so haben die betreffenden Versorgungsanwärter gegen die Entlassung sofort Einspruch zu erheben.

**Keine Goldausfuhr.**

bb **Berlin**, 5. Jan. Zu den in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchten, die Reichsbank habe wieder einen erheblichen Teil ihres Goldes nach Amerika exportiert, erklärt die Vossische Zeitung, mitteilen zu können, daß die Reichsbank überhaupt kein Gold nach Amerika geschickt habe. Zutreffend sei nur, daß Anfang Dezember 2 Millionen Goldmark aus Deutschland nach Amerika gegangen seien, aber nicht aus dem Reichsbankbestand. Wie das Blatt über die in Beratung befindlichen neuen Aenderungen des Reichsbankgesetzes hört, betreffen diese die Amtsdauer und die Ernennung des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums. Der Reichsbankpräsident soll nicht mehr lebenslänglich, sondern nur für sieben Jahre ernannt werden. An der Autonomie der Reichsbank werde dadurch in keiner Weise gerüttelt. Im Gegenteil würden die Befugnisse des Präsidenten noch insofern ausgedehnt, daß ihm maßgebender Einfluß auf die Ernennung des Vizepräsidenten und der Direktoriumsmitglieder gesichert werden solle, deren Bestellung auch weiterhin auf Lebenszeit gelten solle.

**Spende der Großbanken für die Deutsche Nothilfe.**

wtb **Berlin**, 5. Jan. Die Kommerz- und Privatbank, die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Bank, die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, die Dresdner Bank, die Mitteldeutsche Kreditbank sowie die Bankhäuser Hardy u. Co., F. W. Krause u. Co., Delbrück, Schickler u. Co., Dreyfuß u. Co., sowie Mendelssohn u. Co. haben zur Linderung der Not in Deutschland 700 000 Goldmark gespendet. Von diesem Betrage wurden 150 000 Goldmark der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe überwiesen. Der Rest ist für Berlin bestimmt. Er soll in dreimaligen Raten ausgeschüttet und für Speisungen, Heizungen, Altersfürsorge, Gesundheitspflege und sonstige notwendige Unterstützungen bestehender karitativer Organisationen verwendet werden. Es ist zu wünschen, daß dieses vorbildliche Vorgehen der Großbanken auch bei den übrigen Banken Nachahmung findet.

**Der Gaskrieg.**

* **Bern**, 6. Jan. Die schweizerische Heeresleitung hat in Zürich eine Gasstelle eingerichtet, um die Rüstungen der schweizerischen Armee für den Gaskrieg zu vervollständigen. In Anlehnung an amerikanische Modelle sollen Versuche gemacht werden, eine Gasmaske für die Schweizer Armee herzustellen.

## Sparmaßnahmen im Bildungswesen.

bb **Berlin**, 5. Jan. Der preußische Kultusminister Boelitz gewährte dem Mitarbeiter eines Nachrichtenbüros eine Unterredung über die geplanten Sparmaßnahmen der Regierung, soweit sie sich auf das Gebiet des Bildungswesens erstrecken. Boelitz führte u. a. aus:

Auf Anregung Preußens hat am 12. November vorigen Jahres eine Zusammenkunft der deutschen Unterrichtsverwaltungen in Frankfurt a. M. stattgefunden. In der Aussprache über alle für die Ersparnis auf dem Gebiete des Bildungswesens in Betracht kommenden Fragen ist grundsätzlich Uebereinstimmung erzielt worden. Dafür sind freilich zwei unumgängliche Voraussetzungen notwendig: 1. Die Maßnahme zur Verringerung der Personalausgaben darf nicht schematisch auf die Bildungseinrichtungen angewandt werden. 2. Der Unterrichtsverwaltung muß Zeit gelassen werden, die Umstellung nicht überstürzt, sondern nach umgearbeiteten Plänen und ruhig vornehmen zu können. Die Verhandlungen sind noch nicht soweit gediehen, daß man schon jetzt der Oeffentlichkeit Einzelheiten mitteilen könnte. Die Unterrichtsverwaltung denkt nicht daran, Universitäten zu schließen. Es versteht sich von selbst, daß von Lehrern aller Schulgattungen stärkere Arbeitsleistungen verlangt werden und daß diese eine Erhöhung der Arbeitszeit willig auf sich nehmen werden. Weiter aber müssen wir eine mäßige Erhöhung der Schulklassenfrequenz hinnehmen, und gleichzeitig wird auf dem Gebiete des höheren Schulwesens auch die Durchführung einer früher vertretenen Forderung einiger Pädagogen auf Verminderung der Wochenstundenzahl für die Schüler automatisch Ersparnisse mit sich bringen. Von der Durchführung gerade dieser Idee verspreche ich mir eine Steigerung der Leistungen unserer Schüler.

## Die Kinderhilfe im Rhein- und Ruhrgebiet.

Minister Hirtsiefer veröffentlicht einen längeren Aufsatz über die Bestrebungen, Stadtkindern einen Aufenthalt auf dem Lande zu verschaffen. Aus seinen Ausführungen teilen wir folgende Gedankengänge mit: Im Jahre 1922 wurden im inländischen Landbezirk 255 268 Kinder, ins neutrale Ausland rund 20 000 bis 30 000 Kinder verschickt. Für die Stadtbevölkerung bedeutete ein mehrmonatiger, etwa halbjähriger Landaufenthalt eine Rettung vor der drohenden Unterernährung, für die Ernährungswirtschaft des Reiches und der Städte eine starke wirtschaftliche Entlastung, für die kulturellen Interessen des Reiches endlich eine Annäherung zwischen Stadt und Land.

Namentlich machte die Ruhrbesetzung besondere Maßnahmen in der Jugendfürsorge erforderlich. Arbeitslosigkeit und Ausweisungen gesellten sich zu den Ernährungsnöten, so daß der Verein „Landaufenthalt" eine „Zentralstelle für Kinderhilfe im Ruhrgebiet" einrichtete. Die „Reichszentralstelle für Kinderhilfe im Ruhr- und Rheingebiet", wie sie dann später genannt wurde, unternahm die schwierige Aufgabe, der rheinisch-westfälischen Jugend Erholung und Ernährung im unbesetzten Deutschland zu verschaffen. Bei Ueberführung kranker Kinder, die mit Leiden wie Tuberkulose, Strophulose, Anämie usw. behaftet waren, kam nur ein Aufenthalt in Heimen unter ärztlicher Aufsicht und mit Heilbehandlung in Frage.

Die Schwierigkeiten wuchsen durch die nach und nach fast restlos durchgeführte Einstellung des Bahnverkehrs im besetzten Gebiet. Trotzdem war es möglich, eine große Anzahl von Kindern aus dem Rhein- und Ruhrgebiet auf dem Lande unterzubringen. So hat Westfalen aus dem besetzten Teil der Provinz 210 781 Kinder herausgesandt. Die gesamte Zahl der zum Landaufenthalt gebrachten Kinder dürfte mit 350 000 nicht zu hoch gegriffen sein.

Die Unterbringung bei Landwirten erfolgte vollkommen kostenlos. Die durchschnittliche Aufenthaltszeit betrug etwa 6—8 Monate. Gegenüber den zahlreichen Spenden, die vom Auslande dem deutschen Volke zuflossen, muß hervorgehoben werden, daß die deutsche Landwirtschaft nach vorsichtiger Schätzung ungefähr 5 Millionen Dollar für das Kinderhilfswerk aufgebracht hat.

An kranken Kindern wurden ungefähr 30 000 in Kinderheimen untergebracht. Der Erfolg der Heilbehandlung war, wie von amtlicher Seite allgemein anerkannt wurde, sehr gut. Durch Unterbringung der Rhein- und Ruhrkinder war es möglich, zahlreiche Kinderheime, die sonst zu Beginn des Jahres ihre Pforten hätten schließen müssen, am Leben zu erhalten. Der Ruhrkampf in seiner scharfen Form ist vorüber, aber Ernährungsnot, Arbeitslosigkeit, Unruhe wirken noch lange fort. Die Folgen haben sich wie bisher gerade bei der Jugend am meisten bemerkbar gemacht. Es muß daher alles daran gesetzt werden, noch dem harten Winter die Rhein- und Ruhr-Jugend im neuen Jahre wieder hinausführen in die ländlichen Bezirke des unbesetzten Deutschlands, um ihnen erneut Erholung und Freude zu gewähren.

## Verurteilung eines Lockspions.

* **Leipzig**, 4. Jan. Der Agent Friedrich Jurczak, der sich vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verantworten hatte, ist der typische Ruhrspion. Er war kurz nach der Besetzung des Ruhrgebiets mit einem französischen Agenten Hym bekannt geworden und kundschaftete für die Besatzungsbehörde die Stimmung der Bevölkerung aus, verriet die Aufbewahrungsstellen der von den Franzosen gesuchten Güterkasse in Duisburg und den Aufenthaltsort des deutschen Abwehragitators Simansky. Die Güterkasse fiel auch daraufhin in die Hände der Franzosen. Der Angeklagte verschaffte ferner den Franzosen eine Menge Abwehrpropagandamaterial und hat so, wie das Gericht feststellte, dem passiven Widerstand schweren Schaden zugefügt. Bei dem Versuch, wichtige militärische Papiere in die Hände der Franzosen zu spielen, geriet er in eine Falle, die ihm von einem deutschen Agenten des Abwehrdienstes gestellt wurde. Der vorgebliche Franzose brachte den Jurczyk mit einem Feldwebel der Reichswehr zusammen, der ihm gegen einen größeren Betrag geheimzuhaltende militärische Papiere zum Scheine aushändigte. Daraufhin wurde der Spion sofort verhaftet.

In der Verhandlung markierte er zuerst den kranken, dann den wilden Mann. Er gab an, Hysteriker zu sein und während seiner Militärzeit einen Selbstmordversuch verübt zu haben, indem er sich eine Kugel durch die Brust jagte. Er sei längere Zeit Patient in verschiedenen Sanatorien gewesen und erklärte sich außerstande, auszusagen, da er infolge eines mehrtägigen Hungerstreiks völlig entkräftet sei. Da der Direktor der Gefangenenanstalt und der Wachtmeister diese Aussagen widerlegten, trat das Gericht in die Verhandlung ein.

Um eine Vertagung herbeizuführen, verlegte sich der Angeklagte — ein gebürtiger Rheinländer — aufs Toben, schrie wilde Verwünschungen in den Saal, warf sich auf den Boden und führte seinen Anfall mit ziemlichem Geschick durch. Das Gericht ließ sich jedoch dadurch nicht im geringsten stören und verurteilte den Angeklagten unter Verweigerung mildernder Umstände zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und 5000 Goldmark Strafe.

## Arbeitsfragen.

**Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie.**

bb **Berlin**, 5. Jan. Zu der gestern nachmittag vom Schlichter Wissell anberaumten Sitzung des Schiedsgerichts im Berliner Metallarbeiterstreik waren die Arbeitgeber nicht erschienen. Wissell erklärte, er wolle noch einen letzten Versuch der Verständigung machen und setzte deshalb die nächste Sitzung des Schiedsgerichts auf Samstagvormittag 10 Uhr an. Nach der gestrigen Sitzung teilte einer der Arbeitgeberbeisitzer den Vertretern der Metallarbeiter mit, die Unternehmer seien bereit, persönlich mit ihnen zu verhandeln. Es wurde daraufhin vereinbart, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien heute um 8 Uhr früh stattfinden. Falls sich die Parteien in dieser Sitzung nicht einigen, tritt das Schiedsgericht um 10 Uhr zusammen und wird, wenn die Unternehmer nicht erscheinen, einen Schiedsspruch fällen.

**Einigung im Berliner Metallgewerbe.**

bb **Berlin**, 6. Jan. Der Berliner Metallarbeiterstreik ist gestern abend durch das Zustandekommen einer Einigung beendet worden. Die Arbeit wird am Montag in allen Betrieben wieder aufgenommen. In der Lohnfrage wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß ein Abbau der Löhne erfolgt und daß in der Spitzengruppe Löhne von 38 bis 48 Pfg. gezahlt werden. In der Arbeitszeitfrage ist eine Regelung dahin getroffen worden, daß in allen Betrieben, soweit eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, eine neunstündige Arbeitszeit täglich geleistet wird, daß ferner mit Einverständnis des Betriebsrats auch zehnstündige Arbeitszeit verlangt werden darf. Eine Zulage für Ueberstunden tritt erst mit der elften Arbeitsstunde in Kraft.

**Der Schiedsspruch für die Kokereiarbeiter.**

* **Köln**, 5. Jan. Nach einer Meldung der Köln. Zeitung aus Essen fällte der Schlichtungsausschuß gestern einen Schiedsspruch, nach welchem die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden einschließlich Sonntag beträgt. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtdauer von 78 Stunden die Woche einschließlich Sonntag. Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen.

**Ausschreitungen Erwerbsloser.**

bb **Berlin**, 5. Jan. Nach einer Meldung der Disch. Allg. Ztg. aus Koblenz kam es im benachbarten Sayn bei einer Besprechung über die Einführung des Zehnstundentages zu schweren Ausschreitungen der Erwerbslosen. Mehrere Hüttendirektoren und ein Syndikus wurden erheblich verletzt. Der französische Oberdelegierte der Rheinlandkommission verhängte über Sayn und zwei Nachbargemeinden den Belagerungszustand.

**Die Vorkriegsarbeit.**

wtb **Berlin**, 5. Jan. Der gefällte Schiedsspruch, der für den Mansfelder Kupfer- und Schieferbau die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit vorsieht, wurde von den Arbeitnehmerverbänden angenommen.

## Aus Nah u. Fern.

**Der „Geldbrief" mit Papierschnitzeln.**

* **Essen**, 3. Jan. Vor der Strafkammer in Essen als Berufungsinstanz standen der frühere Anstreicherwerkmeister Wilhelm Derichs aus Osterfelde, dessen Schwiegersohn Kaufmann Arnold Liebhertz und die Hausbälterin Frau Anna Niewöhner aus Osterfelde wegen gemeinschaftlich verübten Betrugs. Derichs hatte am 4. Mai in Osterfelde einen wohlversiegelten Geldbrief mit Wertangabe 120 000 Mark aufgegeben, der aber nur Papierschnitzel enthielt. Liebhertz holte den Brief in Düsseldorf auf dem Hauptpostamt ab und öffnete ihn vor den Augen des Ausgabebeamten, dem er mit vorgetäuschtem Erschrecken zeigte, daß der Brief nur Papierschnitzel enthielt. Die Angeklagten hatten später bei der Polizei Erpressungsansprüche geltend gemacht. Sie wurden aber des Betrugs überführt und erstinstanzlich von dem Schöffengericht Borbrop Derichs und Liebhertz zu je sechs Monaten Gefängnis und Frau Niewöhner zu 3000 Mark Geldstrafe wegen Beihilfe verurteilt. Die Strafkammer Essen hob das Urteil gegen Frau Niewöhner auf und sprach sie frei. Die Berufung der beiden anderen Angeklagten wurde verworfen.

**Fleischsendungen verschwunden.**

wtb **Gelsenkirchen**, 6. Jan. Wie wir hören, sind umfangreiche Sendungen von frischem Fleisch nach dem besetzten Gebiet während des Transportes auf der Regie völlig verschwunden. Die Regie lehnt für Verluste und Schäden jede Haftung ab. Dieser Umstand ist geeignet, die Lebensmittelversorgung des Industriegebiets erheblich zu beeinträchtigen. Bisher ist es der Regie noch nicht gelungen, diesem Uebelstand abzuhelfen.

**Eine Schießaffäre.**

wtb **Berlin**, 5. Jan. Gestern abend wurden in der Behrenstraße von dem Kaufmann Zimmermann zwei Passanten durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Z., der der Kriminalpolizei zugeführt wurde, behauptete, er sei überfallen worden und habe in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.

**Die Praxis zweier Devisenschieber.**

bb **Berlin**, 5. Jan. Die Devisenschieber haben es jetzt nicht mehr so leicht wie früher, als sie in Saus und Braus leben konnten. Die Wertbeständigkeit des Geldes hat ihnen das Geschäft verdorben. Um sich nun für einige Zeit schadlos zu halten, gingen zwei von ihnen gleich aufs Ganze. Ein Kassierer einer großen Berliner Firma hatte den Auftrag, 1000 Dollar in Schatzanweisungen umwechseln zu lassen. In der Absicht, dabei auch für sich etwas herauszuschlagen, wandte er sich an verschiedene Leute, von denen er hoffte, etwas über den Kurs erhalten zu können. Zunächst hatte er keinen Erfolg, aber seine Bemühungen sprachen sich herum und so hörten von ihnen auch zwei junge Männer von 20 und 22 Jahren, Kiederling und Blumenstein, die auf diesem Gebiete schon fleißig gearbeitet hatten. Sie erboten sich, das Wechselgeschäft zu besorgen, hatten aber von vornherein etwas anderes im Sinne. In der Rolle von Vermittlern führten sie den Kassierer nach einem Friseurladen am Alexanderplatz. Hier sollte der Geldmann sitzen, und zwar in der Hinterstube hinter dem Laden, weil er sich nicht persönlich wolle sehen lassen. Kiederling ging zuerst hinein, „um mit ihm zu sprechen". Dann ließ er Blumenstein mit dem Kassierer nachkommen. Diesem nun raunte Blumenstein im Laden zu, das Geschäft werde gemacht, nur müsse der Geldmann den großen Dollarschein noch auf seine Echtheit prüfen. Dann werde er gleich auch das deutsche Geld abzählen. Alles das werde ein Weilchen dauern, der Kassierer möge sich unterdessen nur rasieren lassen. Während Blumenstein jetzt mit der 1000-Dollarnote in dem Hinterraum verschwand, setzte der Sohn des Friseurs der allein anwesend war und von dem Devisenhandel nichts ahnte, ein und nahm ihn unter das Messer. Gerade war er mit der rechten Gesichtshälfte fertig, da hörte der Kassierer hinten eine Tür klappen. Als er jetzt auch Kiederling nicht mehr sah, schöpfte er Verdacht, erinnerte sich der Eckhausfalle, sprang auf und lief hinaus, um die „Vermittler" noch zu fassen. Aber sie waren bereits verschwunden. Die Kriminalpolizei, die unter den Devisenschiebern eine ausgedehnte Kenntnis besitzt, sah aus der Beschreibung, mit wem sie es zu tun hatte, leitete sofort die Nachforschung ein und ergriff die beiden Schwindler auf dem Bahnhof Alexanderplatz, als sie gerade im Begriff standen, mit weiblicher Begleitung nach einem Winterkurort abzufahren.

**Fabrikbrand in Berlin.**

bb **Berlin**, 6. Jan. In einer Monometerfabrik in der Alten Jakobstraße in Berlin brach gestern mittag Großfeuer aus. Ein Lehrjunge war mit einer Lötlampe einem Stapel Packpapier zu nahe gekommen. In wenigen Minuten standen die gesamten Fabrikräume in Flammen. Die Arbeiter konnten das Fabrikgebäude wegen der starken Rauchentwicklung nicht mehr verlassen. Vier Frauen und sechs Männer wurden in ohnmächtigem Zustand aus den Flammen gerettet. Einem Feuerwehrmann wurde durch eine zerspringende Fensterscheibe die Schlagader zerschnitten.

**Ein reparierter französischer Justizirrtum.**

* **Paris**, 3. Jan. Der Apotheker Daval, der 1878 in Paris zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurde, da er angeklagt war, seine Frau durch Arsenik vergiftet zu haben, ist jetzt definitiv als unschuldig erkannt und rehabilitiert worden. Nachdem er 24 Jahre in Caledonien zugebracht hatte, hörte er von der Entdeckung einiger Gelehrten, die nachwiesen, daß der menschliche Körper an sich Arsenik enthält. Zwei Milligramm dieses Giftes, das in den Adern der Verstorbenen gefunden wurde, hatten zu seiner Verurteilung genügt. Er wurde im Jahre 1902 begnadigt, aber sein Gesuch um Revision des Prozesses wurde abgewiesen. Im Jahre 1923 machten berühmte Toxikologen dem Institut die Mitteilung, daß sich im menschlichen Körper 3 Milligramm Arsenik befinden können. Außerdem wurde eine Nierenkrankheit festgestellt, deren Symptome den Vergiftungserscheinungen durch Arsenik ähneln. Angesichts solcher Beweise suchte Daval von neuem um Revision des Prozesses nach. Vor dem Kassationsgericht zu Paris verlangte er 50 000 Franken Schadenersatz. Das Gericht verurteilte den französischen Staat zur Zahlung von 20 000 Frs. und einer lebenslänglichen Pension von 12 000 Frs. jährlich zur Wiedergutmachung der Folgen des Justizirrtums.

**Abschaffung der Vielweiberei in der Türkei.**

Aus Angora wird gemeldet, daß eine Kommission der Nationalversammlung die Abschaffung der Vielweiberei vorgeschlagen habe. Die Bigamie soll dagegen nur noch in gewissen Fällen gestattet sein. In diesen Fällen erhält aber die Frau das Recht auf Scheidung. Bis zum Jahre 1917 hatten die Türken das Recht, vier Frauen zu heiraten. Die Scheidung konnte nur auf den bloßen Wunsch des Mannes erfolgen. Erst im Jahre 1917 wurde für die Scheidung eine gerichtliche Prozedur als notwendig erklärt.

## Das Ende des Harems.

Aus Angora kommt, wie schon kurz gemeldet, eine Nachricht, die mehr als alle bisherigen zeigt, daß die Männer der neuen, vom Despotismus der Osmanen befreiten Türkei wirklich auf neuen Wegen wandeln. Es sind die Wege der Freiheit, die ihnen von — ihren Frauen vorgeschrieben werden. Offenbar unter dem Einfluß des jung und glücklich zum ersten und einzigen Male verheirateten Präsidenten Kemal Pascha hat die Parlamentskommission einen Gesetzesantrag beschlossen, durch den erstens das historische Vorrecht des Muselmanen, die Vielweiberei, verboten, zweitens — eine nicht minder einschneidende Neuerung — der türkischen Frau das Recht gegeben werden soll, die Scheidung von ihrem Manne zu verlangen. Bisher hatte nur der männliche Ehegatte, und das ohne viel Umstände nach den Gesetzen des Korans, das Recht, sich von der einen oder anderen der ihn bedrückenden Ehefesseln zu befreien. Wird der Antrag Gesetz, so ist das Ende des Harems gekommen und damit das Ende der Romantik, die er Jahrhunderte lang in den Augen aller, die — keinen hatten oder nicht darinnen eingeschlossen waren, besessen hat.

In Wirklichkeit zieht die Reform nur die Folgerung aus Anschauungsänderungen, die sich schon seit längeren Jahren im Zusammenhange mit der Modernisierung sowohl des geistigen, als mehr noch des wirtschaftlichen Lebens in der türkischen Gesellschaft eingestellt haben. Die Bewegung für die Einehe ist schon ziemlich alt, und in der Praxis ist sie schon viel weitgehender durchgeführt, als die westeuropäische Phantasie sich vorstellt. Es ist im Osten nicht anders als im Westen: Weiber kosten Geld, und damit ist der Ausbreitung des den Familienvater weniger belastenden westlichen Systems wesentlich Vorschub geleistet worden. „Die Vielweiberei", erklärt A. J. Toynbee, einer der besten heutigen Orientkenner, „wird heute in der Türkei nur noch von ganz Reichen und von ganz altmodischen Leuten betrieben. Der allgemeine Brauch ist heute schon, nur eine Frau zu besitzen." Unter den aufgeklärten Türken hat sich die Einehe eingebürgert, da sie scharf darauf bedacht sind, nach den westlichen Ideen zu leben. Das gilt auch für die Frauen, die geistig viel zu weit fortgeschritten sind, um die alte, reizlose und rechtlose Stellung der Gefangenen im Harem ertragen zu können. Das amerikanische Mädchengymnasium in Konstantinopel hat nicht wenig dazu beigetragen, dem Emanzipationsgedanken in den Köpfchen der jungen Türkinnen den Weg zu bahnen. So kommt es, daß auch die Verwirklichung des amerikanischen Mädchenideals, wenigstens einmal im Leben geschieden zu werden, in den Kreis der ihnen zugedachten Reformen eingeschlossen wurde.

Bedeutet so die Abschaffung der Vielweiberei in der heutigen Türkei fast nur noch die gesetzliche Bestätigung eines schon vorherrschend gewordenen Zustandes, so ist sie doch als Symptom für die Energie, mit der der Reformgeist in dem Gesetzgebungswerk von Angora sich durchsetzt, höchst beachtenswert. Von den Harmsgesetzen zur weiblichen Klage vor dem Ehescheidungsgericht, das ist ein ungeheurer Schritt in der Entwicklung des bürgerlichen Rechts, der sprunggleich über Jahrhunderte hinwegsetzt. Wie die moderne Türkin den Jaschmak, den schützenden Schleier, abgeworfen hat und sich heute schon ungestraft in europäischer Kleidung in den Straßen Stambuls zeigen kann, so sind die heutigen türkischen Staatsmänner, die die Rechte des Kalifats streng auf seine religiösen Funktionen beschränken, gewillt, all die traditionellen Schleier, die das nationale Leben beengten, entschlossen abzutun. Freilich entstehen vorerst dadurch Spaltungen und Lebensdisonanzen, die das friedliche Nebeneinander von Alten und Jungen ernstlich bedrohen und Wunden schaffen, die, wie die Westminster Gazette nicht ohne Besorgnis bemerkt, vielleicht erst nach einer Generation geheilt sein können.

## Steuerabzug vom Kapitalertrag.

Nach Artikel 1 § 27 der Zweiten Steuernotverordnung unterliegen Zinsen wertbeständiger Anleihen und Dividenden, die im Jahre 1924 fällig werden, dem Steuerabzug vom Kapitalertrag. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert des jeweils fällig werdenden Gesamtertrags. Der Schuldner hat die Steuer unter der Bezeichnung „Steuerabzug vom Kapitalertrag" für Rechnung des Gläubigers bei Fälligkeit einzubehalten und binnen einer Woche an die für ihn (den Schuldner) zuständige Finanzkasse (nicht Gemeindekasse) abzuführen. Mit der Abführung hat der Schuldner eine Anzeige über den fälligen Gesamtertrag bei dem für ihn zuständigen Finanzamt einzureichen und dabei auch den Tag der Fälligkeit des Kapitalertrags anzugeben.

Zinsen nicht wertbeständiger Anleihen (z. B. der alten Reichs- und Staatsanleihen), Hypothekenzinsen und Zinsen sonstiger Forderungen unterliegen dem Steuerabzug vom Kapitalertrag nicht.

Die Zinsen der wertbeständigen Anleihen des Reichs (Dollarschatzanweisungen, Goldanleihe, die 6prozentigen Goldschatzanweisungen vom November 1923 und die sog. K-Schätze) sind einstweilen vom Steuerabzug befreit.

## Dichter-Weihnacht.

Die „Königsberg, Hartungsche Zeitung" veröffentlichte unlängst eine Klage des Dichters Arno Holz, daß er in einem langen Leben voll Arbeit, Entbehrung und Entsagung auf keinen grünen Zweig gekommen sei (von dem des Lorbeers abgesehen). Jetzt ist dem Blatt ein zweiter Brief dieser Art zugegangen. Er rührt von einem Dichter her, der, wie das Blatt versichert, in literarischen Kreisen wohlbekannt ist, dessen zahlreiche Werke im Kürschner seit Jahren verzeichnet stehen. Die Zuschrift lautet im Auszug:

Sie werden meinen literarischen Namen kennen — dann werden sie auch wissen, daß ich bisher zehn Bücher geschrieben habe, erst 29 Jahre bin . . . und also kein Faulenzer und kein „typischer Schnorrer" bin. Aber ich bin seit mehr als einem Jahr völlig arbeitsunfähig, leide unter dauerndem Lungenbluten (ich habe es mir bei Verdun durch eine Gasvergiftung geholt) und kann seither nur noch liegend vegetieren. Dennoch hätte ich nie für mich allein gebeten! Aber ich habe eine Frau und ein kleines Kind, ein Mädchen. Und nun ist meine Frau, mein einziger, liebster und getreuer Kamerad, erkrankt, Kehlkopf. Sie muß ins Krankenhaus und sofort operiert werden, falls sie noch gerettet werden soll, sagt der Arzt. Und ich habe keinen Pfennig, um das alles zu bezahlen . . . Wir leben hier in einer Dachkammer, ohne Möbel, wir haben nur ein paar Kisten. Meine Frau und mein Kind schlafen auf einer bloßen Schütte Stroh, ich auf einer alten Unterlage. Wir haben keine Kohle, und es ist so sehr kalt. Meine Frau und ich besitzen gemeinsam ein Paar alte Halbschuhe ohne Sohle — malen Sie sich alles andere dementsprechend aus! Und nun kann ich meine Frau nicht retten, weil kein Geld da ist . . . Ich muß also betteln gehen. Nein, ich will ja aber nicht einmal betteln, ich will Sie nur um ein Darlehen bitten, ich hab's genau berechnet: ich brauche 75 Mark, und ich will ganz ehrlich sein, und Ihnen sagen, daß weniger als diese Summe uns nicht retten kann — und auch diese Summe nur dann, wenn sie uns schnellstens telegraphisch zugeht. Um diese Summe bitte ich Sie. Ich verspreche Ihnen, dafür als Entgelt Ihnen zehn Feuilletons im Abstand von zwei Wochen zu zwei Wochen ab 1. Januar 1924 zu liefern . . . Ich habe diesen Brief noch einmal durchgelesen und sehe, ich habe ja alles so falsch und noch viel zu stolz gesagt! Aber nun werfe ich alle falsche Scham von mir und schmeiße mich vor Ihnen auf die Knie und flehe Sie an: Haben Sie Mitleid mit mir, bitte! Helfen Sie uns doch!! Ich möchte immer weiterschreiben, und der Brief muß doch fort. Jede Sekunde ist ja wichtig, ich klebe ja auch schon zu. Ich wollte Sie nur noch ein letztes Mal anflehen aus Herzensgrund: Erbarmen Sie sich unser. Ich habe ja so fürchterlich Angst, denken Sie doch: meine Frau, sie darf doch nicht sterben — und mein Kind, unser armes, kleines Mädel! Bitte, bitte helfen Sie mir aus Barmherzigkeit und verachten Sie mich bitte nicht.

Die Geschäftsstelle der „Hartungschen Zeitung" erklärte sich bereit, bei ihr eingehende Spenden dem unglücklichen Schriftsteller, dessen Namen sie mit Absicht verschweigt, schnellstens zu überweisen.

Und dies alles geschieht heute, wo Tausende sich täglich an den Werken unserer Dichter und Schriftsteller die Langeweile kürzen.

### Was viele nicht wissen.

Auf der ganzen Erde wird alljährlich für rund 8000 Millionen Goldmark Gummi verkauft.

Ein Hase kann bergauf viel schneller laufen, als bergab.

Eine Gazelle kann auf der Flucht bis zu 24 m in der Sekunde zurücklegen.

Die Taybrücke in England enthält mehr als sechsmal so viel Eisen wie der Eifelturm.

In der „guten alten Zeit" mußten Schiffe, die auf dem Main fuhren, allein auf der Strecke zwischen Bamberg und Mainz 33 mal Zoll bezahlen.

### Humor.

Der Luftikus. Der diesjährige Sommer war ja verregnet." — „Ich hörte davon." — „Ach, da sind Sie wohl Ausländer?" — „Nein, aber Luftschiffer."

Unter Freundinnen. „Mein Mann ist ein wahrer Engel. Ohne zu murren, ißt er alles was ich ihm vorsetze, herunter." — „Also ein Würgengel!"

## Neue Invalidenbeitragssätze.

Nach der 11. Verordnung des Reichsarbeits-Ministers vom 20. Dezember 1923 gelten vom 31. Dezember 1923 ab

| | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Lohnkl.** | **1** | **für einen wöchentlichen Arbeitsverdienst bis zu** | **10** | **Rentenmark.** | **Wochenbeitrag** | **20** | **Rentenpfennig** |
| „ | 2 | „ „ „ | „ von mehr als | 10—20 | „ | „ | 40 | „ |
| „ | 3 | „ „ „ | „ „ „ „ | 15—20 | „ | „ | 60 | „ |
| „ | 4 | „ „ „ | „ „ „ „ | 20—25 | „ | „ | 80 | „ |
| „ | 5 | „ „ „ | „ „ „ „ | 25 | „ | „ | 100 | „ |

Von diesem Tage ab werden Beitragsmarken in den bisherigen Werten von den Verkaufsstellen nicht mehr abgegeben; Beiträge für zurückliegende Zeit sind in den neuen, vorstehenden Werten zu entrichten. Die nicht mehr gültigen Marken der Lohnklassen 44 bis 50 werden bei den Verkaufsstellen bis zum 31. März 1924 umgetauscht und dabei zum hunderttausendfachen Betrage des aufgedruckten Geldwertes angerechnet.


**Stenotypistin**

für Lebensmittel-Großhandlung sofort gesucht. Ausführliche Angebote unter Nr. 43 erbeten an die Geschäftsstelle der Schwerter Zeitung.

Lebensmittel-Großhandlung sucht baldigst eingeführten oder branchekundigen

**Reisevertreter**

Gefl. Angebote erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 44.

**Das Haus Bismarckstr. 12**

in Schwerte soll gegen Höchstangebot

**verkauft werden.**

Eilangebote sind zu richten an A. Jansen, Holthausen bei Castrop. (38

**Kleines Fabrikgebäude**

oder großer Schuppen, mit Bahnanschluß, auch Nähe Schwerte, zu mieten gesucht.

Angebote erb. unter Nr. 28 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

**Kalender**

für 1924

in großer Auswahl empfiehlt

Buchhandlung Carl Braus

Bahnhofstraße 3

**Meine Besitzung in Wandhofen**

Hagenerstraße, circa 2 Morgen groß, ist sofort

zu verkaufen!

Gustav Waldmann.

**Linden-Kerbschnittholz**

eingetroffen.

Carl Braus, Buchhandlung.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

**Pianos** Flügel - Harmoniums

Verkauf an Private

**Roth & Junius**

Hof-Piano und Flügelfabrik

Filiale: Berlin, Hardenbergstr. 14 — Hagen i. W., Bahnhofstr. 24

N. B. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten, Stimmungen und Reparaturen.

Mädchen, 23 Jahre, sucht

**Stelle**

in kleinem Privathaushalt. Offerten unter Nr. 40 an die Geschäftsstelle

Tüchtige Schneiderin sucht noch

**Kundschaft**

in und außer dem Hause.

Hohenstein 53.

**Eingetroffen!**

Losungen, Lebkerte, christliche Vergißmeinnicht, Lesezeichen, Fleißkärtchen, Sterne, Kreuze, Sprüche u. a. m.

Buchhandlung Carl Braus

**Gut möbl. Zimmer**

zu mieten gesucht.

Offerten unter Nr. 41 an die Geschäftsstelle.

**„Verlangen Sie stets Original ½-Pfd.-Pakete"**




*Nimm mich mit, es reut Dich nimmer- kikuth-kaffee schmeckt Dir immer!*


## Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

51] (Nachdruck verboten.)

**Er konnte ja nichts anderes glauben, als daß es sein Eintreten für Luisa Magnus gewesen war, das diese unerfreuliche Wirkung hervorgebracht habe. Und weil er nicht gesonnen war, von dem, was er gesprochen, auch nur ein einziges Wort zurückzunehmen, hielt er es in der Tat für das beste, um Inges Wunsche zu fügen.**

Eine kleine Weile noch schleppte sich mühsam ein Gespräch von erzwungener Gleichgültigkeit zwischen ihnen hin, dann durfte er sich verabschieden, ohne den Anschein eines brüsken Aufbruchs zu erwecken. Inge Holthausen bewahrte bis zum letzten Augenblick die ruhige Freundlichkeit, die sie ihm bei seinem Eintritt gezeigt hatte, aber die Art, wie sie ihm dann beim letzten Adieu die Hand reichte, war ihm doch ein Beweis dafür, daß sich kein Verlangen nach einem Wiederleben in diese Verabschiedung mischte. Er empfand es mit aufrichtigem Schmerz, und noch, als er bereits unten vor dem Hause auf der Straße stand, hielt ihn ein sonderbares Verlangen gepackt, umzukehren und mit irgendeinem herzlichen Wort die Schranke niederzureißen, die doch nur ein Mißverstehen zwischen ihm und der anmutigen Schwester seines Freundes aufgerichtet haben konnte.

Aber er gab dem Verlangen nicht nach. Unmutig warf er den Kopf zurück, wie wenn er mit dieser einen energischen Geste alles von sich abtun wollte, was der Aufenthalt in Hamburg an Verdrießlichkeiten und an Unruhe des Herzens über ihn gebracht hatte. — —

### 11. Kapitel.

**Nun waren volle elf Monate seit Jens Jenssens Tode verstrichen, und hinter Hermann Rodeck lagen die Erlebnisse, die sich für ihn an diesen Todesfall geknüpft hatten, fast wie ein seltsamer Traum. So rasch freilich, wie er sich's bei seiner Abreise aus Hamburg vorgesetzt, hatte er die Erinnerung an sie nicht aus seinem Gedankenleben tilgen können.** Das Bild der schönen Brasilianerin und der Nachklang ihrer so eigentümlich freimütigen Bekenntnisse waren in seiner Seele noch lebendig gewesen, als alles andere, was mit dem Tode seines Oheims zusammenhing, sich mehr und mehr zu verwischen begann. Oft hatte er sich mitten in der eifrigsten Arbeit darüber ertappt, daß er diese oder jene Einzelheit seines Gespräches mit Luisa Magnus zu rekonstruieren versuchte, oder daß er sich mit der Farbe ihrer Augen, mit der Form ihres Mundes, mit irgendeiner Besonderheit ihrer klassischen Gestalt beschäftigte.

Die Gedanken an Luisa waren jedesmal ärgerliche, ja, fast beschämende Augenblicke für Rodeck gewesen; denn es war ja sein fester Entschluß, sich von diesen Erinnerungen ein für allemal loszumachen. Von außen her hatten sie während dieser ganzen Zeit nicht die geringste Nahrung erhalten. Er wußte weder, wo sich die Brasilianerin befand, noch wie es um ihr Ergehen bestellt war. Wenn der Oberst inzwischen aus dem Leben geschieden war, so hatte seine Tochter es jedenfalls für überflüssig gehalten, ihn davon in Kenntnis zu setzen. Und ebensowenig hatte sie ihn über die weitere Gestaltung ihres Verhältnisses zu Gerhard Holthausen unterrichtet. Daß er darüber sehr gern Gewißheit gehabt hätte, wagte sich Rodeck freilich trotz all seiner mannhaften Vorsätze nicht zu verhehlen, und wenn er sich auch nicht hatte entschließen können, unter irgendeinem Vorwande an Holthausen selbst zu schreiben, so war er doch eines Tages der Versuchung unterlegen, sich mit seiner Schwester brieflich in Verbindung zu setzen.

Es war ein sehr vorsichtiger und ganz unverfänglicher Brief gewesen, ein Lebenszeichen, das ihr lediglich als die Erfüllung einer Höflichkeitspflicht erscheinen mußte, und das nicht einmal mit Notwendigkeit eine Antwort heischte. Beiläufig hatte er des großen Bildes erwähnt, das demnächst in Hamburg zur Ausstellung gelangen würde, und für das er auf eine ebenso freundliche Beurteilung hoffe, wie sie seinen „beiden Leonoren" hatte widerfahren lassen. Und ganz am Schlusse hatte er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Gerhards Gesundheitszustand sich inzwischen in dem erhofften Maße gekräftigt haben möge.

**Er hatte lange gezögert, den Brief abzuschicken, dann** aber hatte er mit einer Ungeduld, wegen deren er sich selber verspottete, auf das Eintreffen der Antwort gewartet. Aber es war ein vergebliches Warten gewesen. Nicht mit einem einzigen Wort hatte Inge Holthausen ihm für seine Höflichkeit gedankt, und nachdem er den begreiflichen Aerger über diese Enttäuschung erst einmal verwunden, hatte sich Hermann Rodeck gesagt, daß es so doch vielleicht am besten sei. An eine Möglichkeit, das gelockerte Freundschaftsband mit Gerhard Holthausen von neuem zu knüpfen, konnte er nach den peinlichen Eindrücken, die er in Hamburg von dem so traurig veränderten Wesen des Arztes empfangen, nicht mehr glauben. Und alles Unwahre und Unklare in den Beziehungen zweier Menschen zueinander war ihm von jeher so in innerster Seele verhaßt gewesen, daß er nicht nur sich selbst, sondern auch dem anderen mit einem unzweideutigen Abbruch allen Verkehrs den besten Dienst zu leisten meinte.

Daß auch Inge dabei einbegriffen sein mußte, verursachte ihm freilich noch für geraume Zeit ein unbehagliches Gefühl aufrichtigen Bedauerns. Denn er konnte nicht an sie denken, ohne daß es ihm warm ums Herz wurde, und ohne daß ihm allerlei liebe Erinnerungen durch den Sinn gingen. Sie wird den Mann, dem sie eines Tages Leib und Seele schenkt, sehr glücklich machen, dachte er dann wohl — nicht durch Seligkeiten von jener berauschenden und überschwenglichen Art, wie eine Luisa Magnus sie vielleicht zu vergeben hat, wohl aber durch jene stillen und tiefen Freuden, deren Köstlichkeit nicht zum geringsten Teil in der Gewißheit ihrer Dauer besteht. Freilich regte sich nichts von Neid oder eigener Begehrlichkeit in seinem Herzen, wenn er solchen Vorstellungen nachhing. Was er für sich selbst erträumte, war von ganz anderer Art. Und es wurde nicht beherrscht von dem Phantom irgendeiner berückenden Frauengestalt. Wie er den Frauen bis zu diesem Tage keine entscheidende Gewalt eingeräumt hatte über sein Schicksal, so gedachte er sich auch in Zukunft seine Unabhängigkeit von ihnen zu bewahren. In all seiner reifen und vollkräftigen Männlichkeit war er noch immer naiv genug, seinen Beruf als Künstler fast wie ein Priestertum aufzufassen, das die Hingabe des ganzen Menschen verlangte.

(Fortsetzung folgt.)